



Dr. Stephan Eisel

Mitglied des Deutschen Bundestages

Wahlkreisbüro: Markt 10-12

53111 Bonn

0228 -184 99832

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel. 030 - 227 - 77088

stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 14

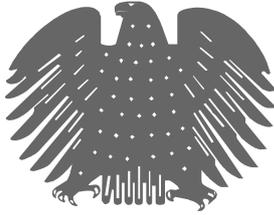
17. Februar 2008

Kelber und Eisel fordern Perspektiven für CMA und ZMP-Mitarbeiter

Die Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) fordern in einem gemeinsamen Brief an die Spitzen der deutschen Ernährungswirtschaft, möglichst schnell eine auf freiwilligen Beiträgen beruhende neue Organisation zur Absatzförderung zu gründen. So könne den ca. 300 Bonner Mitarbeitern von CMA (Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft) und ZMP (Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle) eine Perspektive geboten werden, die in Folge eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 3. Februar ihren bisherigen Arbeitsplatz verlieren. Das Verfassungsgericht hat die bisher der Finanzierung zugrunde liegende Zwangsabgabe für Betriebe der Ernährungswirtschaft für verfassungswidrig erklärt.

Das Schreiben der Bonner Bundestagsabgeordneten ist an den Vorsitzenden der Bundesvereinigung der deutschen Ernährungsindustrie, Jürgen Abraham, den Aufsichtsratsvorsitzenden der CMA, Werner Hilse, und den Vorsitzenden des Aufsichtsrats der ZMP, Udo Folgart, gerichtet. Es hat folgenden Wortlaut:

„Als Folge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 3. Februar muss die Förderung des Absatzes von Produkten der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft neu organisiert werden. Der Standort Bonn ist als Sitz von CMA und ZMP davon besonders betroffen. Vor allem sind die Arbeitsplätze der dort beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in akuter Gefahr.



Dr. Stephan Eisel

Mitglied des Deutschen Bundestages

Wahlkreisbüro: Markt 10-12

53111 Bonn

0228 -184 99832

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel. 030 - 227 – 77088

stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 14

17. Februar 2008

Wir bitten Sie nachdrücklich, den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der Neuorganisation dieses Bereiches neue berufliche Perspektiven zu bieten und den Standort Bonn zu erhalten - nicht zuletzt deshalb, weil der Deutsche Bundestag Bonn als 1. Dienstsitz des zuständigen Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz festgelegt hat. Die in vielen Jahrzehnten in Bonn gewachsene Kompetenz und hohe Qualifikation der CMA- und ZMP-Angestellten wird auch in den neuen Strukturen von hohem Nutzen sein.

Wir wissen - wie Sie - um den hohen zeitlichen Druck, den das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ausgelöst hat und wären Ihnen sehr dankbar, wenn für die betroffenen Menschen bald Klarheit über ihre Perspektiven hergestellt werden kann. Bitte lassen Sie uns wissen, wenn wir dabei behilflich sein können.“